



An das  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Frau Katja Keul  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Dr. Markus Ederer**  
Staatssekretär des Auswärtigen Amts

Berlin, den 13. April 2017

### Schriftliche Fragen für den Monat April 2017

#### Frage Nr. 4-40

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

Ihre Frage:

***Inwiefern unterstützt die Bundesregierung nach wie vor das ausdrückliche Ziel der MINURSO, die Durchführung eines Referendums in der Westsahara zu ermöglichen und inwiefern wird sie sich bei der Verlängerung des MINURSO Mandats Ende April speziell dafür einsetzen, dass die lange geforderte Menschenrechtskomponente in das Mandat aufgenommen wird?***

beantworte ich wie folgt:

Die Bundesregierung setzt sich seit Jahren auf bilateraler und auf Ebene der Vereinten Nationen (VN) für eine gerechte, dauerhafte und für alle Seiten annehmbare politische Lösung des Westsahara-Konfliktes ein. Sie unterstützt die Bemühungen der VN, im Einverständnis mit den Beteiligten und auf Grundlage bestehender Resolutionen der VN eine friedliche Lösung zu finden, einschließlich der Durchführung eines Referendums.

Grundlage für die anstehenden Verhandlungen im VN-Sicherheitsrat zur Verlängerung des Mandats der VN-Mission für das Referendum in Westsahara (MINURSO) wird der jährliche Bericht zu Westsahara des Generalsekretärs der VN an den VN-Sicherheitsrat vom 10. April 2017 (S/2017/307) sein. Im Bericht werden u.a. alle Parteien dazu aufgerufen, die Menschenrechte zu achten und zu fördern, etwa durch verbesserte Zusammenarbeit mit den zuständigen Menschenrechtsmechanismen der VN. Zudem wird im Bericht eine unabhängige, unparteiische und umfassende Beobachtung der Menschenrechtslage in der Westsahara und den Flüchtlingslagern gefordert. Eine Verlängerung des MINURSO-Mandats um weitere 12 Monate bis zum 30. April 2018 wird im Bericht empfohlen.

Deutschland ist derzeit nicht Mitglied im VN-Sicherheitsrat und daher nicht direkt in die Verhandlungen zur Mandatsverlängerung einbezogen. Im Rahmen der von den VN mit den truppenstellenden Staaten durchgeführten Konsultationen wird die Bundesregierung wie bisher für ein ausgewogenes Mandat plädieren, in dem auch die Menschenrechtslage in der Westsahara ausreichend berücksichtigt wird.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Edso', written in a cursive style.